

Das Weltprojekt der IRENA im Spannungsgeld zwischen politischem Uni- und Multilateralismus

Hermann Scheer

Die Errichtung einer International Renewable Energy Agency (IRENA) ist das Weltprojekt für einen globalen Durchbruch zu Erneuerbaren Energien, das EUROSOLAR seit 1990 verfolgt. Mit einer solchen Agentur würde nicht nur endlich ein institutionelles Gleichgewicht für Erneuerbare Energien im internationalen System im Verhältnis zur seit Jahrzehnten bestehenden International Atomic Energy Agency (IAEA) geschaffen. Die IRENA wäre eine Internationale Regierungsorganisation mit der Aufgabe, das politische Informations-, Inspirations- und Konsultationsmedium für die globale Energiewende darzustellen. Nach wie vor ist es der Mangel an geeigneten politischen Initiativen, der die allzu langsame Einführung Erneuerbarer Energien im weltweiten Maßstab erklärt. Der Energiebedarf der Menschheit wächst schneller als die Einführung Erneuerbarer Energien! Um diese Entwicklung umzukehren, kann man sich im internationalen Institutionensystem nicht mehr allein auf die eingefahrenen Gleise verlassen.

Politische Konzepte und Wirtschaftsstrategien für diese erfordern integrierte Ansätze, die sich nicht allein auf den zu engen Rahmen lediglich konventioneller energiewirtschaftlicher Betrachtungen beschränken dürfen. Die vermeintlichen wirtschaftlichen Bürden Erneuerbarer Energien im Verhältnis zu konventionellen Energien sind dann überwindbar und werden als elementare wirtschaftliche Vorteile erkennbar, wenn diese – neben den vermiedenen Umwelt-, Import- und Infrastrukturkosten – integrierter Be-

standteil der Wasser-, Bau-, Agrar-, Forst- und Rohstoffwirtschaft werden und dadurch ihr wirtschaftlicher Mehrfachnutzen zur Geltung kommt.

Doch alle Initiativen für eine eigenständige politische internationale Regierungsorganisation sind bisher aufgelaufen – und das seit 23 Jahren! Den ersten Vorstoß machte der Nord-Süd-Bericht von Willy Brandt, der 1980 ein Internationales Institut für Erneuerbare Energien vorschlug. Auf der UN-Konferenz 1981 für Erneuerbare Energien in Nairobi wurde dessen Einrichtung von den Entwicklungsländern gefordert – und mit dem Argument zurückgewiesen, bestehende UN-Organisationen könnten derartige Aufgaben übernehmen. Doch es geschah so gut wie nichts. EUROSOLAR startete 1990 den nächsten Anlauf, umfassender angelegt und begründet mit einem ausführlichen Memorandum für eine International Solar Energy Agency (ISEA). Der damalige UN-Generalsekretär Perez de Cuellar stand diesem positiv gegenüber. Der Vorschlag erreichte den Vorbereitungsausschuss der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 1992. Er wurde erneut abgelehnt – wiederum mit der Begründung, bestehende UN-Organisationen könnten die Aufgaben einer solchen Agentur wahrnehmen. Doch es geschah wiederum so gut wie nichts. Lediglich die UNEP, die Umweltbehörde der UN, versuchte – seit Klaus Töpfer deren Leitung 1998 übernahm – die Erneuerbaren Energien verstärkt zu fördern. Doch ausgestattet wurde sie dafür in nur kärglichem Maß, und eine volle Aufgabenkonzentration

allein auf Erneuerbare Energien wird ihr nicht möglich sein.

2000 startete EUROSOLAR den nächsten Anlauf. Erneut vorbereitet durch ein Memorandum, das weltweit gestreut wurde, wurde 2001 eine internationale Impulskonferenz durchgeführt für die Etablierung einer – wie sie nun heißen sollte – International Renewable Energy Agency (IRENA). 500 Teilnehmer aus allen Kontinenten begrüßten diese Initiative enthusiastisch. Der Vorschlag wurde von der SPD und den Grünen für ihr Wahlprogramm 2002 übernommen, und nach der Bundestagswahl wurde er Bestandteil der Koalitionsvereinbarung für das Regierungsprogramm. Am 10. April 2003 wurde diese Initiative durch einen Bundestagsbeschluss unterstützt (siehe Kasten Seite 4).

Von vornherein war klar – und wurde auch immer wieder aufgrund der bisherigen Erfahrungen deutlich gemacht –, dass es keine Chance für die Entstehung der IRENA gibt, wenn die Entscheidung darüber erneut dem typischen multinationalen UN-Willensbildungsprozess überantwortet würde, der nach dem Prinzip allgemeinen Konsens arbeitet. Allein der Einfluss der OPEC-Länder, die strikt gegen eine IRENA sind, auf UN-Konferenzen ist beträchtlich. Sie sind die Wortführer der „Gruppe 77“, also derjenigen Länder, die sich früher weder dem Ost- noch dem Westblock zugehörig fühlten und die sich immer untereinander bei UN-Konferenzen absprechen. Hinzu kommt, dass es auch unter den Industrieländern – ob sie früher zum West- oder zum Ostblock gehörten – all-

zu viele gibt, die bis heute den Stellenwert Erneuerbarer Energien ignorieren.


Doch gerade wegen dieser unübersehbaren Notwendigkeit, einen eigenständigen Vorstoß zu machen und dafür andere Regierungen als Mitstreiter zu gewinnen, kann von einer zielstrebigem Umsetzung dieses Beschlusses durch die Bundesregierung noch keine Rede sein. In den dafür zuständigen Ministerien überwiegen trotz aller politischen Beschlüsse Skepsis und eine politische Scheu vor dieser Initiative. Der wesentliche Grund dafür ist, dass selbst eine solche unilateral einzuleitende Initiative außerhalb der Denkwelt internationaler Konsensbildung liegt. Weil – wie nicht anders zu erwarten ist – vorhandene internationale Organisationen ihre Kreise von einer solchen Agentur gestört sehen, und zunächst relativ viele Regierungen nicht mitziehen oder abwarten werden, haben die eingeübten Unterhändler der internationalen Umwelt- und Entwicklungshilfediplomatie eine mentale Sperre gegen die Gründung einer IRENA, die nicht von vornherein breit getragen

wird. Sie möchten wiederum die Entscheidung darüber lieber von einem internationalen Konsensbildungsprozess abhängig machen, was gleichbedeutend damit ist, diese Initiative versenden zu lassen. Deshalb ist die Frage bis heute offen, ob es tatsächlich zu dieser Agentur kommt.

Die einzige realistische Chance für die Schaffung einer solchen Agentur ist deshalb die über eine unilaterale Initiative einer Regierung. Diese muss vorangehen, einige andere Regierungen überzeugen und zur Mitwirkung motivieren, die Agentur gründen und ausstatten – die dann zu arbeiten beginnt und selbstverständlich für weitere Mitgliedschaften offen ist. Das war übrigens der Weg, wie die IAEO 1957 gegründet wurde, die mit einigen wenigen Mitgliedsländern begann und heute 130 hat. Konsensorientierung heißt Ärger- oder Konfliktvermeidung – und damit aber auch Politiklähmung. Die Suche nach Konsens darf aber genausowenig zum Selbstzweck werden wie konfliktorientiertes Verhalten. Der Konsensweg ist


erschöpft oder politisch ausweglos, wenn man von vornherein wissen kann, dass er mit unüberwindlichen Hindernissen gepflastert ist.

Um die IRENA entstehen zu lassen, ist es also erforderlich, über den Schatten des „business as usual“ in der konsensorientierten internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik zu springen. Dass das zwingend nötig ist, beweisen deren höchst unzulängliche Politikresultate, die im krassen Missverhältnis zu den tatsächlichen globalen Herausforderungen stehen. Die Bundesregierung muss also nur den Mut zu einem ungewöhnlichen Schritt aufbringen, der nicht von vornherein allen Beteiligten gefällt. Nur damit ist Zukunftsfähigkeit zu gewinnen. Immerhin geht es um die Initiative für ein Weltprojekt, dessen Inhalt der rot/grünen Koalition auf den Leib geschneidert ist. Dessen Realisierung wird die internationale Energiewelt verändern und auf immer breitere Zustimmung stoßen – auch bei vielen, die heute die Notwendigkeit einer IRENA noch nicht einsehen.



WCRE

World Council for Renewable Energy



Hiermit bestelle ich

Exemplar(e) des Konferenzbandes **Promoting Global Transfer Activities for Renewable Energy – Papers and Documents of the International Impulse Conference for the Creation of an International Agency for Renewable Energy (IRENA), Berlin 2001** zum Preis von 18,- € (Mitglieder von EUROSOLAR oder des Weltrates für Erneuerbare Energien 15,- €)

Exemplar(e) des Konferenzbandes **First World Renewable Energy Forum: Policies and Strategies „Renewable Energies – Agenda 1 of Agenda 21“ – Papers and Documents of the International Conference of the World Council for Renewable Energy (WCRE), Berlin 2002** zum Preis von 25,- € (Mitglieder von EUROSOLAR oder des Weltrates für Erneuerbare Energien 20,- €)

Name, Vorname _____ Mitglieds-Nr. _____

PLZ, Ort _____ Straße _____

Datum, Unterschrift _____

Bitte senden oder faxen an: EUROSOLAR e.V., Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn, Fax: 0228-361279

Initiative zur Gründung einer Internationalen Agentur zur Förderung der Erneuerbaren Energien (International Renewable Energy Agency – IRENA)

Deutscher Bundestag - Drucksache 15/811

Beschluss vom 10. April 2003

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Scheer, Doris Barnett, Dr. Axel Berg, Hans-Werner Bertl, Petra Bierwirth, Lothar Binding (Heidelberg), Gerd Bollmann, Klaus Brandner, Hans-Günter Bruckmann, Marco Bülow, Ulla Burchardt, Detlef Dzembritzki, Siegmund Ehrmann, Elke Ferner, Dieter Grasedieck, Monika Griefahn, Gabriele Groneberg, Wolfgang Grothaus, Anke Hartnagel, Hubertus Heil, Reinhold Hemker, Rolf Hempelmann, Walter Hoffmann (Darmstadt), Renate Jäger, Klaus-Werner Jonas, Ulrich Kasparick, Ulrich Kelber, Astrid Klug, Karin Kortmann, Anette Kramme, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Christian Lange (Backnang), Gabriele Lösekrug-Möller, Lothar Mark, Ulrike Mehl, Christian Müller (Zittau), Dr. Erika Ober, Dr. Sascha Raabe, Karin Rehbock-Zureich, Dr. Carola Reimann, Walter Riester, René Röspel, Karin Roth, Thomas Sauer, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Wilfried Schreck, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Dr. Rainer Wend, Matthias Weisheit, Gert Weisskirchen, Brigitte Wimmer (Karlsruhe), Engelbert Wistuba, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Heidi Wright, Dr. Christoph Zöpel, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Michaela Hustedt, Cornelia Behm, Franziska Eichstädt-Bohlig, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Dr. Reinhard Loske, Undine Kurth,

Friedrich Ostendorff, Albert Schmidt, Ursula Sowa, Antje Vogel-Sperl, Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung, eine Initiative für eine International Renewable Energy Agency (IRENA) als einer internationalen Regierungsorganisation ergreift, die in weltweitem Maßstab die aktive Nutzung Erneuerbarer Energien unterstützen und vorantreiben soll.

Die Beratungen und die Ergebnisse des UN-Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg haben das weltweit wachsende Interesse an Erneuerbaren Energien deutlich gemacht. Diesen Energien kommt eine Schlüsselrolle zum Schutz des Weltklimas und der Umwelt, zur Ressourcenschonung, zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern und zur langfristigen Versorgungssicherheit zu. Diese Internationale Agentur wäre ein entscheidender Schritt, den weltweiten Technologietransfer für Erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz (insbesondere einer notwendigen effizienten Energienutzung) zu fördern. Die Aufgabe der internationalen Förderung bedarf einer vollen Konzentration darauf durch eine eigene Regierungsorganisation. Die

Förderung Erneuerbarer Energien ist nicht mehr allein eine Frage der kommerziellen Energieversorgung, sondern vielfach eine der autonomen Energienutzung und der Einführung entsprechender Technologien. Da Erneuerbare Energien die Möglichkeit dezentraler Energienutzung eröffnen, um ihr Potenzial zu nutzen, ist die Verbreiterung der Wissensbasis in vielen unterschiedlichen Berufsfeldern unerlässlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. konzeptionelle Überlegungen für die Initiative zur Gründung der IRENA zügig abzuschließen und einen Plan zur Umsetzung zu entwickeln, unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Vorarbeiten der Internationalen Impulskonferenz vom Juni 2001 in Berlin;
2. eine international besetzte Kommission einzusetzen, die die verschiedenen Strategien und Konzepte zur Realisierung der IRENA, die derzeit im internationalen Raum diskutiert werden, hinsichtlich der Erfolgsaussichten bewertet, die Bundesregierung berät und bei der internationalen Werbung für die Umsetzung dieser Initiative unterstützt;
3. im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2004 den Finanzbedarf für die Umsetzung der Initiative zu beziffern und die erforderlichen Mittel zu beantragen.